



Reglement über die Abwasserbeseitigung (Abwasserreglement)

vom 01.10.2023

Die in diesem Reglement verwendeten Funktionsbezeichnungen gelten in gleicher Weise für alle Geschlechter.

Die Gemeindeversammlung der Einwohnergemeinde Etziken, gestützt auf:

- § 56 Abs. 1 lit. a des Gemeindegesetzes (GG) vom 16.02.1992,
- § 118 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) vom 03.12.1978,
- § 98 Abs. 2 und § 109 Abs. 2 des Gesetzes über Wasser, Boden und Abfall (GWBA) vom 04.03.2009,

beschliesst:

Abkürzungen

AfU	Amt für Umwelt
ARA	Abwasserreinigungsanlage
GBV	Kantonale Verordnung über Grundeigentümerbeiträge und –gebühren (Grundeigentümerbeitragsverordnung) vom 03.07.1978, BGS 711.41
GEP	Generelle Entwässerungsplanung / Erschliessungsplan «GEP».
GSchG	Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz) vom 24.01.1991, SR 814.20
GSchV	Gewässerschutzverordnung vom 28.10.1998, SR 814.201
GWBA	kantonales Gesetz über Wasser, Boden und Abfall vom 04.03.2009 (BGS 712.15)
KBV	Kantonale Bauverordnung vom 03.07.1978, BGS 711.61
PBG	kantonales Planungs- und Baugesetz vom 03.12.1978, BGS 711.1
SIA	Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein
VRG	kantonales Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen, vom 15.11.1970, BGS 124.11
VSA	Verband Schweizerischer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute
VWBA	kantonale Verordnung über Wasser, Boden und Abfall vom 22.12.2009, BGS 712.16

1. Allgemeine Bestimmungen	4
Gemeindeaufgaben.....	4
Zuständigkeiten Gemeinde.....	4
Zuständigkeiten Kanton.....	4
Erschliessung.....	4
Kataster.....	5
Öffentliche Abwasseranlagen.....	5
Private Abwasseranlagen.....	5
Abtretungs- und Duldungspflicht.....	5
Bauabstand.....	5
Gewässerschutzrechtliche Bewilligung.....	6
2. Anschlusspflicht, technische Vorschriften	6
Anschlusspflicht.....	6
Allgemeine Grundsätze der Liegenschaftsentwässerung	6
Waschen von Motorfahrzeugen, Maschinen und dergleichen	7
Anlagen der Liegenschaftsentwässerung.....	7
Jauchegruben.....	8
Grundwasserschutzzonen und -areale	8
3. Baukontrolle	8
Baukontrolle und Bauabnahme	8
Pflichten der Privaten	8
Projektänderung.....	9
4. Betrieb und Unterhalt	9
Allgemeines.....	9
Einleitungsverbot	9
Haftung für Schäden.....	10
5. Schluss- und Übergangsbestimmungen.....	10
Strafbestimmung.....	10
Rechtsschutz	10
Finanzierung	10
Inkrafttreten	10
6. Genehmigungsindex.....	11

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Gemeindeauf-
gaben

- 1 Die Gemeinde organisiert und überwacht auf dem gesamten Gemeindegebiet die Beseitigung der Abwässer.
- 2 Sie projiziert, erstellt, betreibt, unterhält und erneuert die öffentlichen Abwasseranlagen, die für die Ableitung und Reinigung der Abwässer erforderlich sind.
- 3 Sie bewilligt und kontrolliert die privaten Abwasseranlagen und erlässt die notwendigen Verfügungen gegenüber den Grundeigentümern und Baurechtsnehmern zur Behebung von baulichen oder betrieblichen Mängeln.
- 4 Die Gemeinde arbeitet beim Gewässerschutz mit dem Kanton und den Nachbargemeinden zusammen. Die Gemeinde unterstützt den Kanton bei der Verhinderung und Bekämpfung von Gewässerverunreinigungen.

§ 2

Zuständigkeiten
Gemeinde

- 1 Unter der Aufsicht des Gemeinderates obliegt die Durchführung und Überwachung der Gewässerschutzmassnahmen der örtlichen Baubehörde.
- 2 Die örtliche Baubehörde ist zuständig für alle Aufgaben, die sich aus dem Bau, Betrieb und Unterhalt von Abwasseranlagen ergeben, insbesondere für:
 - a) die Prüfung der Gesuche für private Abwasseranlagen und die Ausarbeitung der Gewässerschutzbewilligungen im Rahmen der Bewilligungsbefugnis der Gemeinde;
 - b) die Entgegennahme und Prüfung der Anschlussgesuche an Regionalkanäle, die gleichzeitig der Liegenschaftsentwässerung dienen, und Weiterleitung an den zuständigen Zweckverband der Abwasserregion;
 - c) den Erlass von Verfügungen (insbesondere Anschlussverfügungen und Verfügungen zur Beseitigung vorschriftswidriger Anlagen bzw. zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands);
 - d) die Genehmigung (vor Baubeginn) der Detailentwässerungspläne (Kanalisationsplan und allfällige Spezialbauwerke);
 - e) die Gesuchsbehandlung für Versickerungsanlagen und Einleitungen von nicht verschmutztem Abwasser in oberirdische Gewässer, soweit keine besonderen Verhältnisse vorliegen (§ 22 VWBA, Anhang II zur VWBA).

§ 3

Zuständigkeiten
Kanton

Die kantonale Behörde ist insbesondere zuständig für:

- a) die Einleitung von verschmutztem Abwasser in ein Gewässer;
- b) die Bewilligung von Abwasseranlagen, die teilweise oder gänzlich in das Grundwasser oder in Grundwasserschutzzonen oder -areale zu liegen kommen;
- c) die Bewilligung der Einleitung von Industrieabwasser und Abwasser nach Anhang 3.3 zur GSchV in die öffentliche Kanalisation;
- d) die Behandlung von Gesuchen für die Versickerung oder die Einleitungen von nicht verschmutztem Abwasser in oberirdische Gewässer in besonderen Fällen (§ 22 VWBA, Anhang II zur VWBA).

§ 4

Erschliessung

- 1 Die Erschliessung richtet sich nach den Vorschriften der kantonalen Planungs- und Baugesetzgebung sowie den Nutzungsplänen der Gemeinde (§ 99 PBG).

- 2 Die Gemeinde erstellt die im GEP bezeichneten öffentlichen Abwasseranlagen nach Massgabe des Erschliessungsprogrammes und der baulichen Entwicklung (§ 101 PBG).
- 3 Für die Abwasserbeseitigung ausserhalb des Bereichs der öffentlichen Kanalisation sind die Grundeigentümer / Baurechtsnehmer auf eigene Kosten verantwortlich.

§ 5

Kataster

- 1 Die Gemeinde erstellt über die gesamten bestehenden öffentlichen und privaten Abwasseranlagen (bis zum Gebäude), inkl. Versickerungsanlagen und Einleitungen gemäss § 6 und 7 einen Kataster und führt diesen laufend nach. Für diese Arbeiten beauftragt die Gemeinde ein Ingenieurbüro als Katasterstelle.
- 2 Die Nachführung des Katasters inklusive Einmessen der Leitungen wird in der Regel im ordentlichen Baubewilligungsverfahren verfügt, soweit private Abwasseranlagen tangiert sind. Die Arbeiten werden von der Katasterstelle gemäss Abs. 1 ausgeführt. Die Finanzierung erfolgt über die Anschlussgebühren.

§ 6

Öffentliche Abwasseranlagen

Die öffentlichen Abwasseranlagen sind im Eigentum der Gemeinde.

§ 7

Private Abwasseranlagen

- 1 Die Hausanschlüsse sind private Erschliessungsanlagen, die einer oder wenigen Bauten oder Wohneinheiten dienen und diese mit den öffentlichen Erschliessungsanlagen verbinden (§ 103 PBG).
- 2 Der Hausanschluss umfasst die Leitung bis und mit dem Anschlussstück an die öffentliche Abwasseranlage.
- 3 Pro Gebäude ist ein separater Anschluss zu erstellen. Ausnahmen bei Gesamtüberbauungen mit mehreren Grundstücken sind mit entsprechenden Dienstbarkeits- und Unterhaltsregelungen zulässig.
- 4 Die Kosten für die Erstellung der Hausanschlüsse sind von den Grundeigentümern / Baurechtsnehmern zu tragen. Die Kosten für die erforderliche Anpassung von bestehenden Hausanschlüssen, wenn die bisherige öffentliche Leitung aufgehoben oder an einen anderen Ort verlegt wird, trägt die Gemeinde.
- 5 Durch den Grundeigentümer / Baurechtsnehmer erstellte Versickerungsanlagen und Direkteinleitungen gelten ebenfalls als private Abwasseranlagen.
- 6 Private Abwasseranlagen, die im Erschliessungsplan «GEP» als öffentliche Anlagen ausgewiesen werden, sind durch die Gemeinde innert 15 Jahren zu übernehmen und soweit erforderlich auszubauen (§ 105 PBG).

§ 8

Abtretungs- und Duldungspflicht

- 1 Die Grundeigentümer / Baurechtsnehmer haben gegen volle Entschädigung das in den Erschliessungsplänen für öffentliche Anlagen bestimmte Land an das Gemeinwesen abzutreten und die Erstellung der vorgesehenen öffentlichen Leitungen und Anlagen zu dulden (§ 42 Abs. 1 PBG).
- 2 Die Begründung von Durchleitungsrechten für Hausanschlüsse und die Regelung der Kostentragung ist vorbehältlich § 104 PBG Sache der Grundeigentümer / Baurechtsnehmer.

§ 9

Bauabstand

- 1 Sofern in den Nutzungsplänen nicht anders bestimmt, ist ein Abstand von 3 m gegenüber den bestehenden und 5 m gegenüber den projektierten öffentlichen Leitungen einzuhalten.

- ² Das Unterschreiten dieser Abstände und das Überbauen einer öffentlichen Leitung bedürfen einer Ausnahmegewilligung der örtlichen Baubehörde.

§ 10

Gewässer-
schutzrechtliche
Bewilligung

Bewilligungserfordernis, Gesuchseingabe und Verfahren richten sich nach § 24 VWBA und den übrigen einschlägigen Bestimmungen des Bundes- und kantonalen Rechts (siehe insbes. GSchG, GSchV, GWBA, PBG und VRG; ferner die Verfahrensrichtlinien gemäss RRB 2009/2467 vom 22. Dezember 2009).

2. Anschlusspflicht, technische Vorschriften

§ 11

Anschlusspflicht

Die Anschlusspflicht für Bauten und Anlagen richtet sich nach den Vorschriften der eidgenössischen Gewässerschutzgesetzgebung und der Planungs- und Baugesetzgebung sowie der Richtlinien der Fachverbände.

§ 12

Allgemeine
Grundsätze der
Liegenschafts-
entwässerung

- ¹ Grundlage für die Liegenschaftsentwässerung bildet der rechtsgültige Erschliessungsplan «GEP». Von bebauten Grundstücken ist gemäss seinen Vorgaben:
- a) verschmutztes Abwasser abzuleiten;
 - b) nicht verschmutztes Abwasser zu versickern oder abzuleiten.
- ² Grundeigentümer oder Baurechtsnehmer sind verpflichtet, die notwendigen Massnahmen (bauliche Vorkehrungen) zur Umsetzung von Abs.1 zu treffen:
- a) bei der Errichtung von Neubauten, Anbauten oder neuen Anlagen sowie bei erheblichen und abwasserrelevanten baulichen Massnahmen an bestehenden Bauten oder Anlagen; oder
 - b) sobald die Gemeinde die Voraussetzungen geschaffen hat und der bestehende Anschluss 15 Jahre oder älter ist; oder
 - c) spätestens bei Erneuerung / Sanierung der Hausanschlussleitung.
- ³ Mit dem Einreichen eines Baugesuchs ist der ordnungsgemässe Zustand der Liegenschaftsentwässerung zu belegen, wenn (kumulativ):
- a) die Hausanschlussleitung älter als 20 Jahre alt ist und
 - b) die Bausumme 50 000 Franken übersteigt und
 - c) die letzte Zustandserfassung mehr als 15 Jahre zurückliegt.
- ⁴ Nicht verschmutztes Abwasser ist versickern zu lassen. Erlauben die örtlichen Verhältnisse dies nicht, so kann es mit Bewilligung der Behörde in ein oberirdisches Gewässer eingeleitet werden. Dabei sind Rückhaltmassnahmen zu treffen, damit das Wasser bei grossem Anfall gleichmässig abfliessen kann. Ist dies auch nicht möglich, kann ein Gesuch für den Anschluss an die öffentliche Abwasserentsorgung gestellt werden. Dieser ist gebührenpflichtig.

- ⁵ Als nicht verschmutztes Abwasser gilt sog. Reinabwasser (Fremdwasser wie Überlaufwasser von Brunnen, Quelfassungen und Reservoirs, Drainage-, Sicker- und Grundwasser, unverschmutztes Kühlwasser etc.) und in der Regel von bebauten oder befestigten Flächen abfliessendes Niederschlagswasser (Regenabwasser), wenn es:
 - a) von Dachflächen stammt;
 - b) von Strassen, Wegen und Plätzen stammt, auf denen keine erheblichen Mengen von Stoffen, die Gewässer verunreinigen können, umgeschlagen, verarbeitet und gelagert werden und wenn es bei der Versickerung im Boden oder im nicht wassergesättigten Untergrund ausreichend gereinigt wird; bei der Beurteilung, ob Stoffmengen erheblich sind, muss das Risiko von Unfällen berücksichtigt werden.
- ⁶ Stetig fliessendes, sauberes Wasser (Fremdwasser) darf grundsätzlich nicht in die Kanalisation eingeleitet werden (Art. 12 Abs. 3 GSchG).
- ⁷ Verschmutztes Abwasser muss behandelt werden. Im Bereich öffentlicher Kanalisationen ist das verschmutzte Abwasser über die Kanalisation der zentralen Abwasserreinigungsanlage zuzuführen.
- ⁸ Ausserhalb des Bereichs öffentlicher Kanalisationen ist das verschmutzte Abwasser, wenn es nicht zusammen mit Hofdüngern verwertet werden kann, gemäss dem Stand der Technik zu behandeln. Priorität hat der Anschluss an die öffentliche Kanalisation. Wenn dies ausgeschlossen werden muss, ist die Reinigung über eine Kleinkläranlage zu prüfen. Ist auch dies nicht möglich, ist das verschmutzte Abwasser in einer abflusslosen Grube zu sammeln und regelmässig einer zentralen Abwasserreinigungsanlage oder einer besonderen Behandlung zuzuführen.
- ⁹ Die Verwertung von Abwasser zusammen mit Hofdünger richtet sich nach Art. 12 Abs. 4 und Art. 14 GSchG.
- ¹⁰ Bis zur Parzellengrenze ist unabhängig vom Entwässerungssystem das Schmutzwasser und das nicht verschmutzte Abwasser in getrennten Systemen abzuleiten.
- ¹¹ Die örtliche Baubehörde legt im Baubewilligungsverfahren fest, wie die Entwässerung zu erfolgen hat.
- ¹² Bei Schwimmbädern ist das Filterspül- und Bassinreinigungswasser der zentralen Abwasserreinigungsanlage zuzuführen.

§ 13

Waschen von Motorfahrzeugen, Maschinen und dergleichen

Das Waschen von Motorfahrzeugen, Maschinen und dergleichen mit Wasch-, Spül- oder Reinigungsmitteln an Orten, die über keinen Anschluss an die zentrale Abwasserreinigungsanlage verfügen, ist verboten. Für Motoren- und Chassisreinigungen ist eine Bewilligung des AfU erforderlich.

§ 14

Anlagen der Liegenschaftsentwässerung

- ¹ Für die Planung, die Erstellung, die Erneuerung, den Betrieb und den Unterhalt von Anlagen der Liegenschaftsentwässerung wie Abwasserleitungen, Schächte, Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben, Versickerungsanlagen und Einleitungen in oberirdische Gewässer sind nebst den gesetzlichen Vorschriften der GEP, die einschlägigen Normen (SN 59 20000 und SIA 190), Richtlinien, Weisungen, Wegleitungen und Leitsätze massgebend.
- ² Für die Entwässerung im Rückstaubereich öffentlicher Kanalisationen sind durch den Grundeigentümer oder den Baurechtsnehmer entsprechende Schutzmassnahmen zu treffen.

- 3 Entwässerungen, die nicht im natürlichen Gefälle möglich sind, sind durch Pumpen vorzunehmen.

§ 15

Jauchegruben

Für Jauchegruben sind die eidgenössischen und kantonalen Vorschriften, Wegleitungen und Richtlinien massgebend, insbesondere die eidgenössische Wegleitung für den Gewässerschutz in der Landwirtschaft und die entsprechende Richtlinie des Kantons.

§ 16

Grundwasserschutzzonen und -areale

- 1 Innerhalb von Grundwasserschutzzonen oder -arealen sind die im zugehörigen Schutzzonenreglement bzw. in der Gewässerschutzbewilligung enthaltenen besonderen Weisungen und Bauverbote zu beachten.
- 2 Gefährdet ein Bauvorhaben eine öffentliche Grundwasserfassung oder Quelle, für welche noch keine Schutzzone besteht, so können ihre Eigentümer oder Eigentümerinnen oder die Nutzungsberechtigten Einsprache erheben und beim Gemeinderat einen Antrag stellen, eine Schutzzone auflegen zu lassen.
- 3 Für Abwasseranlagen, die ganz oder teilweise in Grundwasserschutzzonen oder -arealen zu liegen kommen, ist eine Bewilligung des AfU erforderlich.

3. Baukontrolle

§ 17

Baukontrolle und Bauabnahme

- 1 Die örtliche Baubehörde und die von ihr ermächtigten Personen haben nach Voranmeldung freien Zutritt zu allen Anlagen und Einrichtungen, die dem Gewässerschutz dienen.
- 2 Mit der Kontrolle und Abnahme von privaten Abwasseranlagen, Einrichtungen oder Vorkehrungen übernimmt die Gemeinde keine Haftung für deren Tauglichkeit und Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften; insbesondere werden die Privaten nicht befreit von der Pflicht, bei ungenügender Reinigungsleistung oder anderer Gefährdung der Gewässer weitere Schutzmassnahmen zu ergreifen. Neue und sanierte Abwasseranlagen werden vor dem Eindecken eingemessen und vor der Schlusskontrolle abgenommen. Die Eigentümer sind verpflichtet, die Einmessung (§ 5) bei dem in der Baubewilligung bezeichneten Fachorgan anzumelden. Die Abnahme umfasst die Kontrolle der Ausführung des Anschlusses inklusive Dichtheitsprüfung und erfolgt gemäss den gängigen Normen. Die Dichtheitsprüfung ist durch den Eigentümer zu veranlassen.
- 3 Jegliche Planung, bauliche Ausführung sowie Abnahme im Rahmen eines Anschlusses an das öffentliche Abwassernetz sind durch Fachpersonen «Grundstückentwässerung VSA» durchzuführen. Die Abnahme ist zu protokollieren.
- 4 Die Gemeinde kann bei Regenwassernutzungsanlagen und bei privater Wasserversorgung die Installation von messtechnischen Einrichtungen zur Erfassung der genutzten Wassermenge (Wasserbezug) verlangen.
- 5 Ist bei der Liegenschaftsentwässerung unklar wie diese funktioniert (für die Berechnung von Gebühren und für die Ergänzung des Abwasserkatasters) kann die Gemeinde vom Grundeigentümer / Baurechtsnehmer verlangen, das gesamte vorhandene Liegenschaftsentwässerungssystem planerisch zu erfassen und diese Unterlagen der Gemeinde unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

§ 18

Pflichten der Privaten

- 1 Der örtlichen Baubehörde ist der Beginn der Bau- und anderen Arbeiten rechtzeitig zu melden, so dass die Kontrollen wirksam ausgeübt werden können.

- ² Die privaten Anlagen und Einrichtungen sind vor dem Eindecken wichtiger Teile und vor der Schlusskontrolle zum Einmessen und Aufnehmen in den Abwasserkataster sowie zur Abnahme durch die zuständige Stelle unaufgefordert zu melden.
- ³ Die Pläne des ausgeführten Werkes der Liegenschaftsentwässerung sind innert 3 Monaten ab Fertigstellung des Werkes der örtlichen Baubehörde auszuhändigen.
- ⁴ Wer seine Pflichten vernachlässigt hat die daraus resultierenden Mehrkosten zu tragen. Bei Unterlassung kann die Baubehörde nach vorgängiger Anhörung die Freilegung des Anschlusses und der Leitung oder die Kontrolle mittels Kanal-TV veranlassen.
- ⁵ Der Gemeinde sind nebst den Gebühren auch die erforderlichen Auslagen im Zusammenhang mit ihren Vollzugshandlungen zu erstatten.

§ 19

Projektänderung

Jede wesentliche Änderung eines bewilligten Projekts bedarf der vorherigen Zustimmung der Bewilligungsbehörde.

4. Betrieb und Unterhalt

§ 20

Allgemeines

- ¹ Die Gemeinde sorgt für den ordnungsgemässen Betrieb, den Unterhalt und den Ersatz der öffentlichen Abwasseranlagen.
- ² Private Abwasseranlagen sind so zu unterhalten, dass sie gemäss den Bestimmungen der Gewässerschutzgesetzgebung betrieben werden können.
- ³ Die Gemeinde kann von den Liegenschaftseigentümern den Nachweis verlangen, dass ihre Abwasseranlagen funktionstüchtig (insbesondere dicht) sind.
- ⁴ Die Gemeinde kann die periodische flächendeckende Aufnahme der privaten Abwasseranlagen auf eigene Kosten durchführen. Erweist sich die Anlage als mangelhaft, kann die Gemeinde die Kosten den Grundeigentümern / Baurechtsnehmern verrechnen.
- ⁵ Der Gemeinderat kann im Rahmen der beschlossenen Kredite Beiträge an die Finanzierung privater Abwasseranlagen leisten, wenn dadurch erforderliche Investitionen in das öffentliche Kanalisationsnetz vermieden oder erheblich reduziert werden können und eine insgesamt kostengünstigere Lösung erreicht wird.

§ 21

Einleitungsverbot

- ¹ In die Kanalisation dürfen keine Stoffe eingeleitet werden, welche die Anlagen beschädigen oder die Reinigungsprozesse auf der ARA, die Klärschlammqualität oder die Qualität des gereinigten Abwassers nachteilig beeinflussen können.
- ² Verboten ist insbesondere die Einleitung von folgenden Stoffen:
 - a) Abfälle jeglicher Art;
 - b) Abwasser, welche den eidgenössischen Vorschriften über das Einleiten widersprechen;
 - c) giftige, infektiöse oder radioaktive Substanzen;
 - d) feuer- und explosionsgefährliche Stoffe wie Benzin, Lösungsmittel etc.;
 - e) Säuren und Laugen;
 - f) Öle, Fette, Emulsionen;
 - g) Feststoffe wie Sand, Erde, Katzenstreu, Asche, Kehrlicht, Textilien, Zementschlamm, Metallspäne, Schleifschlamm, Küchenabfälle, Schlachtabfälle etc.;

- h) Jauche, Mistsaft, Silosaft;
 - i) Molke, Blut, Frucht- und Gemüsebestandteile und andere Abgänge aus der Verarbeitung von Lebensmitteln und Getränken (mit Ausnahme der im Einzelfall bewilligten Mengen);
 - j) warmes Abwasser, welches nach Vermischung in der Leitung eine Temperatur von über 40 °C zur Folge hat.
- ³ Im Übrigen gilt § 12 dieses Reglements.

§ 22

Haftung für
Schäden

- ¹ Die Gemeinde haftet nicht für Schäden, die trotz ordnungsgemässer/-em Erstellung, Betrieb und Unterhalt der öffentlichen Abwasseranlagen durch diese verursacht werden.
- ² Der Grundeigentümer oder Baurechtsnehmer haftet für alle Schäden, die durch seine privaten Abwasseranlagen verursacht werden.

5. Schluss- und Übergangsbestimmungen

§ 23

Strafbestim-
mung

- ¹ Wer diesem Reglement zuwiderhandelt, wird gemäss § 153 PBG mit Haft oder Busse bestraft.
- ² Vorbehalten bleibt die Anwendung der übrigen Strafbestimmungen des kantonalen oder eidgenössischen Rechts.

§ 24

Rechtsschutz

Soweit nichts anderes bestimmt ist, kann gegen Verfügungen der örtlichen Baubehörde, die sich auf dieses Reglement abstützen, innert 10 Tagen seit der Zustellung, schriftlich und begründet Beschwerde beim Bau- und Justizdepartement erhoben werden.

§ 25

Finanzierung

- ¹ Die Abwasserbeseitigung der Gemeinde wird im Rechnungswesen als Spezialfinanzierung geführt, die mittelfristig ausgeglichen gestaltet werden muss. Die Gemeinde finanziert die öffentliche Abwasserbeseitigung mit Grundeigentümerbeiträgen, Anschlussgebühren, Benützungsgebühren und allfälligen Beiträgen von Kanton und Bund.
- ² Im Weiteren gelten die Bestimmungen des kommunalen Reglements über Grundeigentümerbeiträge und -gebühren und der Gebührenordnung.

§ 26

Inkrafttreten

- ¹ Dieses Reglement tritt nach der Genehmigung durch den Regierungsrat per 01.10.2023 in Kraft.
- ² Mit dem Inkrafttreten werden alle im Widerspruch stehenden früheren Vorschriften aufgehoben.

Einwohnergemeinde Etziken

Gemeindepräsident

Gemeindeverwaltung

Robert Jakob

Caroline Jäggi

Genehmigt durch den Regierungsrat des Kantons Solothurn:

6. Genehmigungsindex

Beschluss GR	Beschluss GV	RR-	Inkrafttreten	Gegenstand
14.06.2023	26.06.2023	26.09.2023	01.10.2023	Totalrevision